

## KURZ UND PRÄGNANT

### Durch Privatisierung hoheitlicher Aufgaben gehen Arbeitnehmerrechte verloren

Während die Betriebsratswahlen auf Hochtouren laufen und das Engagement vieler, sich für Mitarbeiterinteressen einzusetzen, nicht hoch genug gewürdigt werden kann, sind einzelne von den Wahlen ausgeschlossen.

„Es ist nicht akzeptabel, dass nicht alle Angestellten dieselben Rechte haben und einzelne sogar daran gehindert werden, für eine Mitarbeitervertretung zu kandidieren. Das ist ein gravierender Eingriff in Arbeitnehmerrechte“, hatte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag, am 2. Mai erklärt. Bei der Diakonie dürfen sich nur solche Kollegen zur Wahl stellen, die Mitglied einer christlichen Kirche sind.

#### Betroffen ist der LINKE-Stadtrat Uwe Schenke

Es wäre „ein Unding, wenn Nichtchristen bei der Diakonie weniger Rechte haben“, so Bodo Ramelow weiter. Betroffen von dieser Regelung ist der LINKE-Stadtrat aus Eisenach, Uwe Schenke, angestellt im Ökumenischen Hainichklinikum in Mühlhausen. Der konfessionslose Ergotherapeut ist seit vielen Jahren Mitglied von Betriebsräten und Mitarbeitervertretungen. Er ist auch Mitglied der Gewerkschaft verdi. Durch die Neuordnung des kirchlichen Trägers wird er seit 1. Mai an der Ausübung seines passiven Wahlrechts gehindert.

Der Maßregelvollzug in Pfaffroda ging vor Jahren aus öffentlicher Hand an den kirchlichen Träger über. Hier liegt ein besonderer Konflikt vor, schließlich handelt es sich beim Maßregelvollzug um eine hoheitliche Aufgabe des Freistaats Thüringen.

#### Was tut die Landesregierung gegen zweierlei Recht?

„Auf der einen Seite finanziert das Land und damit der Steuerzahler diese übertragene Aufgabe, auf der anderen Seite beraubt der private Träger Beschäftigte ihrer Arbeitnehmerrechte. Man darf doch nicht Staatsgeld nehmen und gleichzeitig Mitarbeitern gesetzlich garantierte Rechte entziehen! Hier ist auch die Verfassung tangiert“, so Bodo Ramelow. Der LINKE-Politiker hat sich jetzt mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt. Es soll klargestellt werden, was die Landesregierung gegen zweierlei Recht für Mitarbeiter tut. Die Linksfraktion wird aktiv Uwe Schenke und alle vergleichbaren Arbeitnehmer im Kampf gegen diese Ungerechtigkeit unterstützen. ■

# Direkte Demokratie weiter ausbauen

**Bodo Ramelow: Hürden für mehr Bürgerbeteiligung müssen aus dem Weg geräumt werden**

**Der Ausbau der direkten Demokratie, der mit dem erfolgreichen Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ begann, war vor fünf Jahren auf kommunaler Ebene fortgesetzt worden.**

Die Verbesserungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, die das Demokratie-Bündnis durchgesetzt hatte (u.a. mit der Senkung der Quoren, der Ausweitung der Beteiligungsrechte auf die Kreisebene) waren ein wichtiger Schritt zur Reform der direk-

freundlichere Beteiligungsrechte trat in Kraft. Das Volksbegehren des Bündnisses für mehr Demokratie in Thüringen hatten mehr als 235.000 Menschen mit ihrer Unterschrift unterstützt. Seit Jahren steht die LINKE an der Seite des Bündnisses für Mehr Demokratie und ist von Beginn an Mitglied im Trägerverein. Vor fünf Jahren hatte die Linksfraktion auch im Parlament maßgeblich daran mitgewirkt, Hürden für mehr Bürgerbeteiligung endlich abzubauen und ein neues Gesetz zu verabschieden.



ten Demokratie in Thüringen. „Aber da ist auch noch viel Luft nach oben“, erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, u.a. mit Blick auf die Beteiligungsrechte, die in Bayern gelten. Die in Thüringen vorhandenen Hürden seien immer noch viel zu hoch.

Vor fünf Jahren, am 7. Mai 2009, gab es allen Grund zum Feiern: Das Volksbegehren für „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ war am Ziel und ein Gesetzentwurf für deutlich bürger-

Die Reform der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene hat vor allem auch bei der Nutzung der Bürgerbegehren auf Kreisebene schon zu Erfolgen geführt, so z.B. beim Erhalt einer Grundschule in Stützerbach und mit Blick auf die Abfallentsorgung in kommunaler Hand im Ilmkreis. Wichtig an der Reform ist auch die Ausweitung des Themenkatalogs. So können nun Bürgerinnen und Bürger auch viel weiter gehender über Planungsvorhaben mitentscheiden. Wichtige Punkte im

Sinne der Entwicklung der demokratischen Beteiligungsrechte waren auch die Ausweitung des Bürgerantrags zu einem Einwohnerantrag und die Senkung der Altersgrenze auf 14 Jahre.

Doch auch diese erfolgreiche Reform muss – nicht nur nach Ansicht der LINKE-Fraktion – noch weiter entwickelt werden. „Hier gibt es mindestens zwei wichtige Reformpunkte, die auch langjährige Forderungen des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen sind“, betonte Bodo Ramelow. Zum einen sollen die Kommunalparlamente strittige Fragen im Zuge eines Bürgerentscheids der Bevölkerung vor Ort zur endgültigen Entscheidung vorlegen können (im Zuge eines Ratsbegehrens). Zum anderen müssen die Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene auch über Abgaben und vergleichbare finanziell relevante Fragen abstimmen zu können, noch erheblich ausgeweitet werden. „Für eine reformorientierte Regierung mit der LINKEN stünde dieses Thema weit oben auf der Agenda“, erklärte Bodo Ramelow.

Anlässlich des Thüringer Jubiläums hatte der Fraktionsvorsitzende gegenüber dem MDR auch die Einführung bundesweiter Volksbegehren gefordert und gesagt, Deutschland sei dafür reif. Die jahrzehntelangen Erfahrungen mit Volksbegehren in Kommunen und Bundesländern zeigten, dass die Bürger sehr verantwortungsbewusst damit umgingen. Der MDR verwies auch auf den Erfurter Professor für Öffentliches Recht und Neuere Rechtsgeschichte, Manfred Baldus, der dies ähnlich sehe. ■

## Politik und Medien: aufeinander angewiesen

**Das Verhältnis von Politikern und Journalisten gilt als höchst diffizil, es handelt sich in jedem Fall um eine Wechselbeziehung. Falk Neubert hat sich in seiner Forschungsarbeit darauf konzentriert und die Bedeutung vor allem der informellen Öffentlichkeitsarbeit von Landespolitikern in Sachsen analysiert.**

Unter Verweis auf die Kommunikationsforschung führt Neubert an, dass die Wechselbeziehung zwischen politischen Akteuren und deren Öffentlichkeitsarbeitern auf der einen und Journalisten auf der anderen Seite nicht grundsätzlich von einem Interessengegensatz geprägt sein müsse.

Er vergleicht sie stattdessen mit Branchen, die jeweils auf die Zulieferungen des anderen angewiesen seien. Als formalisierte und institutionalisierte Formen der politischen Öffentlichkeitsarbeit (PR) benennt Neubert dabei Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und Interviews, zur informellen PR

zählt er Telefongespräche und die persönliche Kommunikation. Sie seien bisher bei den wissenschaftlichen Methoden „durch das Raster (...) gefallen“.

Neubert ist Soziologe und Kommunikationswissenschaftler, seit 1999 gehört der dem Sächsischen Landtag an, als medienpolitischer Sprecher der dortigen Linksfraktion ist er u.a. Mitglied im MDR-Rundfunkrat.

Vorangestellt hat er seinem Buch einen zugespitzten Satz des Journalisten Jürgen Kochinke (Landesredakteur der Leipziger Volkszeitung): „Ob ich nun 15 oder 35 für mich uninteressante Pressemitteilungen am Tag lösche, spielt für mich kaum eine Rolle.“ Er fällt im ersten von zwei längeren Interviews, die Neubert mit je einem Journalisten einer Tageszeitung und einer Nachrichtenagentur geführt hat.

Grundlegende Methoden seiner Untersuchung sind Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln und die Befragung von deren Autoren mit einem kodierten Fragebogen. Das Zitat stellt eine Art

Hinweis auf ein erstaunliches Ergebnis der Studie dar: Formen der informellen Kommunikation waren für das Entstehen von Zeitungsartikeln mit 61 Prozent deutlich relevanter als die der institutionalisierten Öffentlichkeitsarbeit.

Sollen Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter also nur noch mit Journalisten telefonieren und sich Pressemitteilungen sparen? Nein, denn ganz anders sieht es bei den Nachrichtenagenturen (also Gatekeepern für Nachrichten!) aus: hier bildeten bei 75 Prozent die institutionalisierte Öffentlichkeitsarbeit die Anregung für das Entstehen einer Meldung, und hier vor allem Pressemitteilungen.

S. Wogawa

*Falk Neubert: Die informelle Öffentlichkeitsarbeit und ihre Bedeutung für die Nachrichtengenerierung (Medienwissenschaften, Bd. 28), Tectum Verlag Marburg 2014, 156 S. 24,95 EUR, ISBN 9783828833142* ■